

Antrag 216/II/2018**SGK Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****vertagt auf LPT II/2019 (Konsens)****Kommunalpolitisches Engagement durch frühzeitige Personalentwicklung stärken**

1 Der Landesvorstand wird aufgefordert, bis Mitte 2019 ge-
 2 meinsam mit den Kreisen, den SPD-BVV-Fraktionen und
 3 der SGK Leitlinien und eine Strategie zur Personalgewin-
 4 nung - und Förderung für die kommenden Bezirkswahlen
 5 zu erarbeiten.

6

7 Dabei soll folgendes unbedingt berücksichtigt werden:

- 8 • Es soll eine Auswertung erfolgen, welche Grün-
 9 de systematisch dazu führen, dass sich bestimmte
 10 Gruppen gar nicht erst bzw. nicht mehr für kommu-
 11 nale Ämter bewerben oder das Engagement abbre-
 12 chen müssen.
- 13 • Es sollen auf dieser Basis Vorschläge erarbeitet wer-
 14 den, wie man die Arbeitsbedingungen für Bezirks-
 15 verordnete 1) kurzfristig innerhalb der bestehenden
 16 Gesetzeslage entsprechend verändern kann und wo
 17 2) mittelfristig eine Weiterentwicklung der Arbeits-
 18 weise der Bezirksverordnetenversammlungen auch
 19 darüber hinaus notwendig ist, um weiteren Grup-
 20 pen zu ermöglichen, ein Mandat in der BVV auszu-
 21 üben.
- 22 • Es muss dafür Sorge getragen werden, dass es flä-
 23 chendeckend und systematisch Orientierungs-
 24 und Informationsangebote für BewerberInnen
 25 (z.B. Mentoring-Programme), sowie für die dann
 26 aufgestellten KandidatInnen Fortbildungsangebote
 27 gibt.
- 28 • Es sind übergreifende Kriterien für die Besetzung
 29 von BVV- und Bürgerdeputierten-Listen sowie ins-
 30 besondere der Spitzenkandidaturen (Bürgermeiste-
 31 rInnen, Bezirksamtsmitglieder) zu erarbeiten. Dar-
 32 über hinaus sollen ergänzend alle Kreisverbände da-
 33 bei unterstützt werden, lokale Kriterien für das auf-
 34 zustellende Personal zu erarbeiten.
- 35 • Es soll darauf aufbauend eine bezirksübergreifen-
 36 de strategische Personalentwicklung geben, die die
 37 inhaltlichen und lokalen Stärken fördert und zu-
 38 dem die Bevölkerung besser als bislang repräsen-
 39 tiert (Ausbildung, Alter, Herkunft, Geschlecht, Fami-
 40 lie etc.).
- 41 • Es ist zu prüfen, ob und wie Kreise auch parteilosen
 42 KandidatInnen eine Kandidatur auf der BVV-Liste
 43 und als Bürgerdeputierte ermöglichen können.
- 44 • Es ist überdies zu prüfen, ob und wie im
 45 Falle mehrerer BewerberInnen für die
 46 BezirksbürgermeisterInnen- bzw. Bezirksamts-
 47 mitgliederkandidaturen Mitgliederbefragungen
 48 durchgeführt werden können, bei denen sich die
 49 Kreise und die BewerberInnen verpflichten, das
 50 Ergebnis bei der KDV mitzutragen.

(LPT II/2018+LPT I/2019: Überwiesen an AG Fraktionsvor-
 sitzende)

- 51 • Es sollen schließlich konkrete Handlungsempfeh-
52 lungen zur weiteren personellen, strukturellen und
53 finanziellen Stärkung der Fraktionsbüros erarbeitet
54 werden.

55

56

57 **Begründung**

58 2021 finden in Berlin die nächsten regulären Wahlen statt.
59 Ende 2020, also in rund zwei Jahren, beginnen die Auf-
60 stellungsverfahren. Ziel muss es sein, bis dahin personell
61 für die Besetzung von Bezirksamtern und Bezirksverord-
62 netenversammlungen besser aufgestellt zu sein - spätes-
63 tens bis zum Frühjahr 2020. Nur dann sind strategische
64 Überlegungen, welche Köpfe wir wo brauchen, überhaupt
65 möglich.

66

67 Die Bedeutung von Kommunalpolitik ist in den vergange-
68 nen Jahren noch gestiegen: Von Milieuschutz bis Schul-
69 sanierung. Dabei bieten sich hier oft große Gestaltungs-
70 spielräume, die es zu nutzen gilt. Das geht nicht ohne ei-
71 ne gute Mischung an politischen Köpfen und Ideen in den
72 Fraktionen und in den Bezirksamtern, die gestalten wollen
73 und können und die vor Ort gut verankert sind. Sie verkör-
74 pern durch ihre Entscheidungen und ihr Engagement die
75 Werte und Ziele unserer Partei.

76

77 In den letzten Jahren ist die Arbeit vor Ort aber nicht leich-
78 ter geworden: Viele Fraktionen sind deutlich kleiner ge-
79 worden, gleichzeitig ist das Bedürfnis der BerlinerInnen
80 gestiegen, sich an kommunalpolitischen Fragen zu betei-
81 ligen und in den Austausch mit den Bezirksverordneten zu
82 treten. Wir erleben aber auch, dass uns die gesellschaftli-
83 che Vielfalt innerhalb unserer Fraktionen oft dadurch ver-
84 loren geht, weil sich bestimmte Gruppen gar nicht erst
85 für ein kommunales Amt bewerben oder es niederlegen
86 müssen, weil es beispielsweise mit der Gründung einer Fa-
87 milie, der Pflege von Angehörigen oder den Arbeitszeiten
88 nicht vereinbar ist. Als SPD sind wird ganz besonders ge-
89 fordert, gängige Verfahren und Engagementbedingungen
90 zu verändern, um möglichst breit aufgestellt zu sein.